



mischen Problemen und politischen Unwägbarkeiten stehen. Wir können angesichts der internationalen Lage und Zusammenhänge nicht frei von Sorgen sein. Gefahren und Risiken zu sehen, darf und kann aber auf keinen Fall heißen, vor ihnen zu resignieren oder gar in einen dumpfen Fatalismus zu verfallen. Es gibt gute Gründe für die Devise des Bundeskanzlers, unter die er am 24. November 1980 seine Regierungserklärung gestellt hat: "Mut zur Zukunft". Unser Land, seine Regierung und seine Wirtschaft sind besser vorbereitet als viele andere Staaten. Die mit konsequenter Umsicht gelegten politischen Grundlagen für einen beispielhaften sozialen Frieden, das Verantwortungsbewußtsein der Gewerkschaften und die Anpassungsfähigkeit der deutschen Wirtschaft berechtigen jedenfalls zu der Zuversicht, daß wir auch künftige Krisen ohne größere Erschütterungen oder sogar dauerhafte Schäden für unser Gemeinwesen und sein gutes gesellschaftliches Klima durchstehen können. Wir haben dafür eine unerläßliche Voraussetzung geschaffen: ein funktionierendes soziales Netz. Es immer wieder auf seine Wirksamkeit zu überprüfen und seiner mißbräuchlichen Inanspruchnahme entgegenzuwirken, liegt im selbstverständlichen Allgemeininteresse. Dabei helfen aber weder unangebrachte Vergleiche noch pauschale Vorwürfe, die auf die Arbeitsmoral oder Sozialstaatlichkeit in unserem Land abgestellt sind.

Was die Sozialdemokratische Partei Deutschlands als politische Organisation unmittelbar betrifft, möchte ich "zwischen den Jahren" folgende Feststellungen treffen:

- Die SPD kann mit dem Wahljahr 1980 durchaus zufrieden sein. Die Serie der Stimmenzuwächse bei den Landtagswahlen der Jahre 1978 und 1979 hat sich mit Erfolgen in Rheinland-Pfalz, Schleswig-Holstein, an der Saar und vor allem in Nordrhein-Westfalen eindrucksvoll fortgesetzt. Bei der Bundestagswahl am 5. Oktober haben die deutschen Sozialdemokraten das zweitbeste Ergebnis ihrer Geschichte erzielt. Die CDU/CSU hat zugleich ihr schlechtestes Ergebnis seit 1949 hinnehmen müssen. Merkwürdigerweise steht diese Bundestagswahl in der Bewertung durch Zeitgenossen - und auch nicht weniger Parteifreunde - in einem Gegensatz zu diesen Fakten.
- Mit dem stetigen Vertrauenszuwachs in den vergangenen drei Jahren gehen wir Sozialdemokraten mit Rückenwind in das - fast - wahlfreie Jahr 1981. Wir müssen und werden es für intensive inhaltliche und organisatorische Parteiarbeit nutzen. Dadurch sollen und können die Voraussetzungen noch weiter verbessert werden, um bei den von 1982 bis 1984 anstehenden Landtagswahlen die gebotene Änderung der Mehrheitsverhältnisse im Bundesrat zu erreichen.
- Ansporn und Zuversicht kann die SPD aus der positiven Tendenz der Mitgliederbewegung des Jahres 1980 schöpfen. Noch bevor die statistischen Erhebungen in den Bezirken vollständig abgeschlossen sind, zeichnet sich ein Aufwärtstrend ab. Interessant ist dabei die Analyse der Neuzugänge: 30 Prozent sind Frauen (unter den fast eine Millionen Mitgliedern betrug dieser Anteil bisher nur 22 Prozent); ein Viertel der Neuanmeldungen kommt aus der Altersgruppe unter 25 Jahren, die 25- bis 30jährigen stellen 30 Prozent der neuen Mitglieder; 40 Prozent sind zwischen 30 und 60 Jahre alt.
- Die SPD muß inhaltlich und organisatorisch die Herausforderung annehmen, die von der jungen Generation und ihrer Distanz zu den politischen Parteien ausgeht. Diese jungen Menschen müssen wir für die politische Arbeit der achtziger Jahre gewinnen. Denn es ist ihr Leben vor allem, es sind ihre Entfaltungsmöglichkeiten, über die in diesen Jahren entschieden wird. Wir werden es auf diesen gerade für die Mehrheits- und Gestaltungsfähigkeit der SPD entscheidenden Feld nicht bei wohlklingenden Absichtserklärungen belassen. Das hat sich schon bei der Wahl des neuen Bundesgeschäftsführers gezeigt, der für den Dialog mit der kritischen und skeptischen jungen Generation Erfahrungen, Sensibilität, Initiative und damit ein hohes Maß an Glaubwürdigkeit und Überzeugungskraft mitbringt.

So wollen wir Sozialdemokraten, wohlvorbereitet, in solidarischer Verbundenheit im Interesse aller Menschen in unserem Lande unseren Beitrag leisten um mit den Problemen und Schwierigkeiten des vor uns liegenden Jahres fertig zu werden. (-/30.12.1980/hj/hgs)



Kein Grund zur Angstpsychose  
-----

Ausländerfeindlichkeit paßt nicht in unsere Zeit

Von Klaus Kübler MdB

In der Bundesrepublik Deutschland leben heute rund 4,2 Millionen Ausländer zum größten Teil mit ihren Familien. Über 1,2 Millionen sind zum Beispiel in Nordrhein-Westfalen sesshaft. Von 159.400 Kindern, die 1979 in Nordrhein-Westfalen geboren wurden, war jedes sechste ein Kind ausländischer Eltern. Gibt es in der Bundesrepublik Deutschland eine Ausländerfeindlichkeit?

Abgesehen von Einzelfällen sehe ich keine Spannungen zwischen Deutschen und Ausländern. Wir haben aus wirtschaftlichen Gründen in den 60er und 70er Jahren Millionen von Ausländern in die Bundesrepublik Deutschland geholt, ohne daß Probleme entstanden. Die soziale Eingliederung der Ausländer hat gute Fortschritte gemacht. Aber mit dem Erreichten können wir noch nicht zufrieden sein. Vor allem müssen wir für die heranwachsenden Generationen noch mehr tun.

Unsere ausländischen Mitbürger möchten in der Bundesrepublik Deutschland genauso friedlich und gesetzestreu leben und arbeiten wie die Deutschen. Es gibt jedoch einige extremistische Organisationen der Ausländer auf der äußersten rechten und auf der äußersten linken Seite, die sich erbittert, zum Teil mit kriminellen Mitteln bekämpfen. Dabei handelt es sich im Verhältnis zu der großen Mehrheit unserer ausländischen Mitbürger nur um eine kleine militante Minderheit, die aber gefährlich ist und deshalb bekämpft werden muß, weil sie den Rechtsfrieden in der Bundesrepublik stört, weil sie von unseren friedliebenden ausländischen Mitbürgern als eine Bedrohung angesehen werden kann und weil das militante Verhalten ausländerfeindliche Stimmung erzeugen könnte.

Wir werden die extremistischen ausländischen Gruppen sehr sorgfältig beobachten und gegen Gewalttätigkeiten mit allen rechtsstaatlichen Mitteln vorgehen, mit den Mitteln des Polizeirechts, des Versammlungsrechts, des Vereinsrechts, des



Strafrechts und des Ausländerrechts. Ausländer, die politische Auseinandersetzungen unter Ausübung von Gewalt und mit kriminellen Mitteln führen, werde ich ausweisen und gleichzeitig die sofortige Vollziehung anordnen lassen. Extremistische ausländische Organisationen müssen damit rechnen, nach dem Vereinsrecht verboten zu werden.

Alle demokratischen Kräfte sind aufgerufen, sich offen für ein weiteres nachbarschaftliches Zusammenleben und für gemeinsame kollegiale Zusammenarbeit am Arbeitsplatz von Deutschen und Ausländern einzusetzen.

Ausländer und Deutsche leben in der Bundesrepublik friedlich nebeneinander. Unter den Deutschen gibt es keine Ausländerfeindlichkeit. Aber von deutschen Rechtsextremisten wird versucht, Stimmung gegen Ausländer zu erzeugen, unter anderem dadurch, daß sie die Sorgen vieler Deutscher wegen der Zunahme der Asylbewerber für sich zu nutzen suchen.

Unsere ausländischen Mitbürger sollten wissen, daß es keinen Grund zur Panikmache gibt, noch Anlaß besteht, in eine Art von "Angstpsychose" zu verfallen. Die ausländischen Mitbürger sollen sich zunächst von den - wenn auch wenigen - extremistischen Organisationen in den eigenen Reihen distanzieren.

Wir müssen das gegenseitige Gespräch suchen - Ausländer wie Deutsche. Die soziale Integration der ausländischen Familien muß noch mehr gefördert werden.

Dort aber, wo Angst geschürt wird und auch nur Ansätze radikaler Auswüchse zu erkennen sind, sollten unsere ausländischen Mitbürger deutsche Behörden unterrichten. Wir befinden uns in Europa in einem Prozeß der Überwindung nationaler Grenzen und nationaler Ressentiments. Ausländerfeindlichkeit und extremistische Auswüchse passen nicht in unsere Zeit.

(-/ 30.12.1980/hi/hgs)

+ + +



Demokratie in der Bewährungsprobe

Sorge über Demokratieverdrossenheit in der jungen Generation

Von Heinz Galinski

Vorsitzender der Jüdischen Gemeinde zu Berlin

Zu Beginn des Jahres 1981 steht auch die jüdische Gemeinschaft vor einer Anzahl von Problemen, ganz abgesehen davon daß das, was auf unsere Umwelt zukommt, uns unmittelbar betrifft. Keine der vor Jahresfrist bestehenden politischen Krisen konnte überwunden werden, und neue gefährliche Spannungen sind aufgetreten.

Der Nahe Osten ist eine friedlose Region geblieben. Die Kernfrage des Nahost-Konflikts bleibt das Lebensrecht des Staates Israel: Von dritter Seite können nur sachgerechte und unvoreingenommene Initiativen einer umfassenden Friedensregelung dienlich sein. Immer wieder auch - und dies nicht allein im Hinblick auf den Nahen Osten - stellt sich die Frage, ob die Europäische Gemeinschaft in der Lage ist, die richtigen Antworten auf die Probleme unserer Zeit zu geben. Unsere besondere Aufmerksamkeit und unsere Sympathie wird auch in Zukunft das Bestreben von Menschen finden, ihre Grundrechte zu wahren und durchzusetzen.

Des öfteren begegnen wir Darstellungen der jüdischen Gemeinschaft, die nicht immer von Objektivität und Sachkenntnis zeugen, sondern auf ein gewisses Sensationsbedürfnis schließen lassen. Wir halten uns durchaus nicht für unfehlbar, wünschten uns aber doch eine abgewogenere und realitätsgerechtere Beurteilung durch die Öffentlichkeit. Was die in der Öffentlichkeit immer wieder angesprochene Zuwandererproblematik betrifft, so wäre der beste Beitrag zur Diskussion über dieses Thema die bundesweite tätige Hilfe für die zugewanderten Menschen. Sie brauchen Verständnis, Einfühlungsvermögen und wirksame Eingliederungsmaßnahmen. Bürokratische Hindernisse, die dem noch vielfach im Wege stehen, müssen beseitigt werden. Zu Beginn des neuen Jahres begleiten unsere guten Wünsche alle unsere nichtjüdischen Freunde.

Als eine nicht unkritische, jedoch den staatstragenden Kräften der Bundesrepublik Deutschland zugehörige Gemeinschaft treten wir für die Festigung der Demokratie und für die Solidarität der Demokraten ein. Wir sind besorgt über eine gewisse, durch verfehlte Sachentscheidungen begünstigte Demokratieverdrossenheit - nicht zuletzt innerhalb der jungen Generation -, die sich mitunter in Gewalttätigkeit äußert. Wir sehen allein in einer Demokratie die Rahmenbedingungen jüdischer Existenz gewährleistet und betrachten die Einstellung der jetzigen jungen Generation zur Demokratie sowie zu uns als einen der Faktoren, die über die Zukunft der jüdischen Gemeinschaft in der Bundesrepublik Deutschland entscheiden.

Deshalb treten wir mit solcher Entschiedenheit gegen neonazistische und antisemitische Volksverhetzer sowie gegen linksextremistische Demagogen auf. Da der Rechtsextremismus ein Problem nicht nur eines Landes bildet, muß für die Unterbindung der Einfuhr neonazistischen Propagandamaterials aus dem Ausland Sorge getragen werden. Mit dem zunehmenden zeitlichen Abstand zum Jahre 1945 wächst die Notwendigkeit der Jugend deutlich zu machen, was Nationalsozialismus und Rechtsextremismus bedeuten. Hier und woanders wird in den achtziger Jahren die Demokratie ihre entscheidende Bewährungsprobe zu bestehen haben.

Erfüllt von all diesen Überlegungen gehen wir nicht gänzlich frei von Besorgnissen, jedoch mit einer wirklichkeitsgerechten Hoffnung an die Arbeit, die uns 1981 erwartet.

(-/30.12.1980/hi/hgs)



Zwischenbilanz der Grundschul-Diskussion

Ein (gar nicht so) neues Modell kommt an

Von Rolf Wernstedt MdL

Bildungspolitischer Sprecher der SPD-Landtagsfraktion Niedersachsen

Die niedersächsische SPD-Landtagsfraktion hat im September ein Diskussionspapier zur zukünftigen Entwicklung der Grundschule verabschiedet und an alle Grundschulen des Landes geschickt. Verbunden mit dieser Aktion hat die SPD-Fraktion ein neues Modell der politischen Arbeit. Das vorliegende Konzept sollte nicht allein in Spitzengesprächen in der Landeshauptstadt und im Landtag diskutiert werden, sondern die Bildungspolitiker sollten zu denen kommen und mit denen reden, die es angeht.

Nach den Gesprächen mit Eltern und Lehrern sowie Vertretern des Schulträgers und der Schulaufsicht in Delmenhorst Wolfenbüttel, Rodenkirchen, Georgsmarienhütte, Salzgitter, im Landkreis Harburg, den Städten Hannover, Göttingen und Nordenham läßt sich eine Zwischenbilanz ziehen. Sie ist positiv.

Eltern, Lehrer und kommunale Vertreter haben einhellig die Methode des Vorgehens begrüßt. Es ist offenbar ein öffentliches Bedürfnis vorhanden, mit Politikern, die einmal Zeit mitbringen, sachlich ins Gespräch zu kommen. Die Abgeordneten kamen nicht mit so festgefügt Meinungen, daß die Lehrer und Eltern sich bevormundet fühlen mußten. Die Tatsache der offensiven und sachlichen Suche nach dem Gespräch ist für sich allein genommen schon positiv bewertet worden.

Zwei Sonderprobleme haben sich bei den Bereisungen als überaus schwierig und bedeutsam herausgestellt. Einmal handelt es sich um die schulische Versorgung ausländischer Arbeitnehmerkinder. Wenn das Problem nicht schon in der Vorschul- und Grundschulzeit befriedigend gelöst wird, erleiden sowohl die ausländischen wie auch die deutschen Kinder dauerhafte Schäden. Die SPD wird dazu weitere organisatorische und inhaltliche Vorschläge machen.

Das zweite Problem ist die Entwicklung der Sonderschulen im ländlichen Raum. Bei zurückgehenden Schülerzahlen ist es denkbar, daß an einigen Standorten die Sonderschule nicht erhalten bleiben kann. Die SPD wird deshalb den bestehenden Schulversuch der Integration von Sonderschülern in die Grundschule auswerten. Auf die Grundschule kommt damit eine neue Aufgabe zu.

In der Diskussion der Inhalt des Grundschulkonzepts stellten sich folgende Punkte heraus:



1. Es wird positiv herausgestellt, daß die Grundschüler mehr Freiräume für Sport und Spiel haben sollen.
2. Die vorgeschlagene tägliche Deutsch- und Mathematikstunde ist allgemein befürwortet worden.
3. Die bestehenden Rahmenrichtlinien müssen entrümpelt werden, vor allem für die Fächer Sachkunde und Mathematik.
4. Es darf keine Versetzung von Lehrern an Grundschulen mit zurückgehenden Schülerzahlen geben.
5. Die Lehrerfortbildung muß verstärkt werden.
6. In der Frage, ob Zensuren oder schriftliche Beurteilungen gegeben werden sollen, ist die Meinung unterschiedlich.
7. Die Räumlichkeiten in und an einer Schule für mehr Spielangebote sind längst nicht überall vorhanden.
8. Die hohe Zahl von Teilzeitverträgen mit Lehrern könnte bei unserer Konzeption an einigen Standorten zu Problemen führen. Die Lehrer befürchten, daß die einen für den "Spaß" und die anderen für den "Ernst" im Unterricht eingeteilt werden.
9. Im Verhältnis von Eltern und Schule gibt es noch viele pädagogische Verständigungsschwierigkeiten. Die Lehrer beklagen häufig, daß der Leistungsdruck vom Elternhaus ausgehen, manche Eltern bestreiten dies.

Ich ziehe daraus folgende Schlüsse: In einer Zeit, in der Politik nur bei knapper Kasse möglich ist und auch die Sozialdemokratie nach 1982 nicht mit Geld um sich werfen kann, ist der Dialog zwischen Politikern und betroffenen Bürgern im Sinne eines offenen Gesprächs um so notwendiger. Dies ist ein Stück Reformpolitik, die nicht quantifizierbar ist, sondern etwas über die Qualität der Gesellschaftsveränderung aussagt. Die SPD sollte sich die Fähigkeit neu erwerben, Ansprechpartner und Fragender zu sein. Wo keine Patentrezepte vorhanden sind hilft nur die gemeinsame Suche nach Lösungen weiter. Dazu bedarf es einer sachlichen und realistischen Analyse der Probleme.

Vor zehn Jahren nannten wir dies "mehr Demokratie wagen". Es lohnt sich auch heute noch.

(-/ 30.12.1980/hi/hgs)



### Griechenland jetzt zehntes EG-Mitgliedsland

---

#### Ursprungsland europäischer Kultur und Demokratie

1. Januar 1981: Griechenland tritt der Europäischen Gemeinschaft bei. Dann heißt es nicht mehr "die Neun", sondern "die Zehn". Denn ab 1981 ändert sich der institutionelle Rahmen der Gemeinschaft: Von nun an ist Griechenland unter den gleichen Voraussetzungen wie die übrigen neun Mitgliedstaaten am europäischen Entscheidungsprozeß beteiligt. Ein Vertreter aus Athen nimmt an allen Tagungen des Europäischen Ministerrates teil, ein Grieche wird Mitglied der neuen Europäischen Kommission, griechische Abgeordnete sitzen im Europäischen Parlament, ein Grieche wird Richter im Europäischen Gerichtshof. Ebenso finden ab 1981 vorbehaltlich gewisser Übergangsbestimmungen, wie sie auch schon beim Beitritt Dänemarks, Irlands und Großbritanniens vereinbart wurden, alle Regeln des Gemeinsamen Marktes auf Griechenland Anwendung: Gemeinsame Agrarpolitik, europäische Regionalpolitik, europäische Wettbewerbsregeln, Freizügigkeit der Arbeitnehmer, freier Warenverkehr und so weiter.

Seit dem 12. Juni 1975, als die griechische Regierung den Beitritt offiziell beantragt hat, ist ein weiter Weg zurückgelegt worden! Und erst recht seit dem 9. Juli 1961, als ein erstes Abkommen über die Assoziierung Griechenlands mit der Gemeinschaft unterzeichnet wurde! Schon in diesem Abkommen wurde der Beitritt vorgesehen. Als Griechenland dann 1975 seinen früheren Beitrittswunsch bekräftigte, war sofort klar, daß seine Partner nur positiv reagieren konnten. Denn selbstverständlich muß Griechenland am Aufbau Europas beteiligt sein: Weil man sich Europa nicht ohne das Land vorstellen kann, das ihm seinen Namen gegeben hat und das auch heute noch zu den lebendigen Quellen der europäischen Zivilisation gehört.

Griechenland ist eines der Kleinode jener Mittelmeerwelt, die trotz ihrer wirtschaftlichen Probleme eines der vitalsten Gebiete Europas bleibt und den Charakter Europas besonders stark zum Ausdruck bringt. Hellas hat eine Fläche von 132.000 Quadratkilometer, vier Fünftel davon sind gebirgig, etwa zwanzig Berge sind 2.000 bis 3.000 Meter hoch. Das Meer ist noch immer eines der wichtigsten Kommunikationsmittel. Kein Punkt des Landes ist weiter als 100 Kilometer vom Meer entfernt, dazu kommen über 2.000 Inseln. Ein Drittel der neun Millionen Griechen leben heute in Attika, in der Umgebung von Athen.





Der Vertrag und die sonstigen Rechtsakte über den Beitritt Griechenlands sind am 26. Mai 1979 in Athen unterzeichnet und anschließend vom Europäischen Parlament gebilligt sowie von den zehn nationalen Parlamenten ratifiziert worden. Damit der Rücktritt nicht einen zu harten Schock für Griechenland und für bestimmte Bereiche der Gemeinschaft, vor allem die Landwirtschaft bedeutet, wurden zeitlich begrenzte Übergangsbestimmungen und Ausnahmeregeln vorgesehen. Die Übergangszeit beträgt in der Regel fünf Jahre. Nach dieser Frist soll die Angleichung im wesentlichen abgeschlossen sein, mit Ausnahme einiger Bereiche, für die längere Übergangszeiten vereinbart wurden. So gibt es für bestimmte Agrarerzeugnisse im Handel zwischen Griechenland und den Neun erst nach Ablauf von sieben Jahren völlige Zollfreiheit. Auch die Freizügigkeit der Arbeitnehmer wird erst nach einer siebenjährigen Übergangszeit voll verwirklicht.

Der Beitritt Griechenlands zur Europäischen Gemeinschaft wurde sorgfältig vorbereitet. Natürlich muß das Werk nun erst seine Früchte tragen, und es werden Jahre vergehen, ehe sich die Folgen dieser neuen Erweiterung der EG in vollem Umfang beurteilen lassen. Trotzdem ist es erfreulich, daß sich die Gemeinschaft trotz der vielfältigen Schwierigkeiten, mit denen sie zu kämpfen hat, trotz der weltweiten Wirtschaftskrise und trotz der neuen Spannungen auf internationaler Ebene zur Erweiterung entschlossen hat. Gleichzeitig mit der Erweiterung auf zehn verhandelt die EG mit zwei weiteren südeuropäischen Ländern, nämlich Spanien und Portugal.

Für die Gemeinschaft ist die Aufnahme Griechenlands eine wichtige Etappe, ein selbstverständlicher, aber auch notwendiger Schritt. In Griechenland, dem zugleich ältesten und jüngsten Land unter den "Zehn", haben die meisten Wesensmerkmale unserer Zivilisation ihren Ursprung. Auch politisch und wirtschaftlich ist die Zukunft Griechenlands eng mit der Zukunft der anderen europäischen Demokratien verbunden. Wie die Europäische Kommission festgestellt hat, werden nach dieser Erweiterung Probleme der Anpassung zwar nicht zu umgehen, durch solidarisches Bemühen aller Partner aber durchaus zu lösen sein.

Gleichzeitig wird auch der interne Zusammenhalt der Gemeinschaft zu festigen sein. Die Erweiterung der Gemeinschaft auf zehn, später auf zwölf Partner, darf nicht zu einer Aufweichung ihrer Strukturen oder zu einer Schwächung ihrer Entscheidungsmechanismen führen. Beim Aufbau Europas müssen neue Fortschritte gemacht werden, damit die Gemeinschaft sich den wirtschaftlichen, sozialen und politischen Herausforderungen, mit denen sie konfrontiert ist, besser stellen kann. (-/ 30.12.1980/hi/hgs)

Egon C. Heinrich

+ + +

